



Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen

LANDTAG
29. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 29 / 09
6. Dezember 2024

Thema: Für den Erhalt des Bargeldes – Für ein selbstbestimmtes Leben mit oder ohne Internet!

Beschlussvorschlag der Fraktion: Landesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik der Partei DIE LINKE Bremen

Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:

Immer mehr Bezahlvorgänge verlaufen inzwischen bargeldlos. Das kann praktisch sein, stellt viele Menschen aber auch vor große Herausforderungen. Wenn bestimmte Bezahlvorgänge nur noch über das Internet und über Online-Banking abzuwickeln sind, dann werden Menschen, die keinen Zugang zum Internet haben oder nicht in der Lage sind es zu bedienen, von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt. Das trifft Menschen mit Behinderungen, die oft einkommenschwach sind. Das trifft aber ebenso Menschen ohne Behinderungen, die aus vielerlei Gründen nicht in der Lage sind einen Internetzugang zu finanzieren, etwa Menschen ohne Erwerbsarbeit oder ohne festen Wohnsitz.

Neben den ökonomischen Gründen, die bei der Abschaffung des Bargeldes erneut für Ausschluss sorgen würden, spricht gegen die Abschaffung des Bargeldes aber auch der Umstand, dass viele Menschen, die nicht mit dem Internet aufgewachsen sind, dann auf eine Technologie zurückgeworfen wären, die ihnen nicht zugänglich ist. Dabei besteht dann auch die Gefahr, dass diese Menschen in Unkenntnis der technischen Möglichkeiten den Überblick über ihre Finanzen verlieren und ungewollt ihr Konto überziehen. Auf diese Weise entstünde eine weitere Falle für die Überschuldung.

Da viele Menschen auch Probleme im Umgang mit den aktuellen Geldautomaten haben, müsste - statt das Bargeld abzuschaffen – vielmehr Infrastruktur, also Bankfilialen mit Schaltern und Personal, erhalten und ausgebaut werden, um den Zugang zu Bargeld und damit zu Teilhabe für alle Menschen problemlos zu ermöglichen.

Die 29. Bürgerschaft behinderter Menschen fordert den Senat und die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft auf, sich für diese Ziele einzusetzen:

Das Bargeld muss erhalten bleiben. Menschen sollen demokratisch entscheiden können, ob sie mit oder ohne Internet leben wollen ohne dass sie sozial schlechter gestellt sind und selbstbestimmt leben können. Banken sollen dazu verpflichtet werden, den Menschen die Wahlfreiheit zu lassen, wie sie bezahlen wollen ohne gesellschaftliche Nachteile zu erfahren.

Für die Fraktion: Bettina Fenzel

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31. März 2025 an den AK-Protest erbeten

AK Protest, c/o LAG Selbsthilfe
– Herrn Gerald Wagner –
Waller Heerstraße 55, 28217 Bremen
www.lags-bremen.de
info@lags-bremen.de